



Inflationsgespenst
Entgegen allen Befürchtungen
bleibt der Preisanstieg in
Deutschland stabil bei zwei
Prozent **Seite 14**

Politik

www.ftd.de/politik

Geldwäsche in Deutschland bricht Rekorde

Die Zahl der Verdachtsfälle ist 2011 um 17 Prozent gestiegen. Jetzt wollen die Fahnder die Immobilienbranche durchleuchten

Maïke Rademaker, Frankfurt/Main

Die Verdachtsmeldungen auf Geldwäsche haben 2011 mit fast 13 000 ein neues Rekordhoch erreicht. Das sei ein Anstieg von 17 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, sagte der Chef des Bundeskriminalamts (BKA), Jörg Ziercke, am Montag in Wiesbaden. Die meisten Verdachtsmeldungen – mehr als 11 000 – bekam das BKA von Banken. Von Versicherungen, Immobilienmaklern oder Wirtschaftsprüfern kamen dagegen kaum Meldungen. Das BKA will deswegen künftig vor allem auf die Immobilienbranche zugehen, um sie für das Problem der Geldwäsche zu sensibilisieren. Dass Immobilien sich für die Geldwäsche eignen, sei ein offenes Geheimnis, sagte Ziercke. Eine entsprechende Studie zeige, dass mangelnde Regulierung dazu beitrage.

Deutschland gilt international bei Experten schon seit Langem als Geldwäscherparadies. Grund

dafür ist neben den schärferen Datenschutzgesetzen, die Kriminelle zu nutzen wissen, die mangelhafte Umsetzung und Kontrolle des seit 1993 existierenden Geldwäschegesetzes. Zudem streiten Bund, Kommunen und Länder derzeit darüber, wer für die Umsetzung zuständig ist und Personal für Kontrollen vorhalten und schulen muss.

Im Immobiliensektor gebe es deutlichen Nachholbedarf und eine sehr hohe Dunkelziffer, sagte ein Experte des BKA. Es sei klar, dass Geldwäscher versuchten, aus dem relativ gut kontrollierten Finanzsektor auszuweichen in weniger regulierte Sektoren. Ziercke wies aber den Verdacht aus Italien zurück, dass die Mafia ungehindert Geld über Immobilienhandel in Deutschland wasche. Man habe Rom gebeten, entsprechende konkrete Hinweise zu geben. „Die ist man uns schuldig geblieben.“

Immobilienmakler gehören nach dem Geldwäschegesetz zu den sogenannten Verpflichteten: Sie müssen Auflagen beachten, um Geldwäscher-

Milliardengeschäft

Anstieg Noch im Jahr 2000 hatte es nur 4400 Verdachtsmeldungen auf Geldwäsche gegeben. Der Anstieg kann aber auch auf eine höhere Sensibilisierung und verbesserte Kontrollen zurückzuführen sein. Das Bundeskriminalamt schätzt, das hierzulande Geld in zweistelliger Milliardenhöhe gewaschen wird.

Kontrollen Künftig sollen auch Sparkassen und Genossenschaftsbanken verstärkt geprüft werden.

che zu verhindern. Eine bessere Kontrolle dürfte allerdings das alte Problem der Zuständigkeit zwischen Bund und Ländern wieder in die Diskussion bringen. Der Markt ist kleinteilig und daher nur begrenzt durch eine zentrale Behörde kontrollierbar.

Drei neue Trends hat das BKA bei der Geldwäsche ausgemacht: So lassen sich immer häufiger Menschen über Annoncen als Finanzagenten anwerben und Geld über ihr Konto waschen. „Das ist strafbar“, betonte Ziercke. In diesem Bereich gab es 4000 Meldungen – 30 Prozent mehr als 2010. Beliebte ist auch die Legalisierung von Geld über frei käufliche Zahlkarten (E-Geld), mit denen im Internet eingekauft werden kann, und über Umsatzsteuerbetrug. Diese Trends haben den Betrug mit CO₂-Emissionsrechten, bei denen es eine Gesetzesverschärfung gab, abgelöst. Stattdessen wird nun Geld über andere immaterielle Güter wie Strom und Gas legalisiert.

Leitartikel: Seite 25

Iran bietet Verzicht auf Atomwaffe an

Ex-Unterhändler Musawian hält Einigung für möglich

Silke Mertins, Berlin

Der ehemalige iranische Chefunterhändler bei den Nuklearverhandlungen, Hossein Musawian, hält einen schnellen Durchbruch in der Atomkrise für möglich. Der Iran wäre bereit, dem Westen maximale Kooperation anzubieten und Garantien zu geben. „Zum Beispiel könnte das Parlament ein Gesetz verabschieden, dass der Iran für immer atomwaffenfrei bleibt“, sagte Musawian in einem Interview mit der FT. „Das iranische Parlament könnte der internationalen Gemeinschaft alle Garantien in Form von Gesetzen geben, die sie braucht.“

Möglich sei das durch die Fatwa – ein verbindliches Rechtsgutachten –, die der oberste geistliche Führer des Iran, Ayatollah Ali Chamenei, erlassen habe und die Massenvernichtungswaffen verbietet. Diese religiöse Richtlinie ermögliche dem Iran, über die Verpflichtungen des Atomwaffen-sperrevertrags hinauszugehen.

Anti-Atom-Fatwa als Chance

Musawian bringt damit ein neues Angebot ins Spiel. Die Atomverhandlungen sind derzeit verfahren und bringen keinerlei Fortschritte. Zwar forscht der Berufsdiplomat derzeit an der US-Universität Princeton. Doch der 55-Jährige ist viele Jahre Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrats gewesen und hat von 2003 bis 2005 die Atomgespräche geführt. Den konservativen Führungszirkeln um Chamenei und Parlamentspräsident Ali Laridschani steht er noch immer nah. „Ich bin im ständigen Kontakt“, sagt er. Seine Vorschläge seien „nicht weit entfernt“ von dem, was sich auch die iranische Führung als Angebot vorstelle.

Der Westen begreife nicht, dass die Fatwa eine große Chance auf eine Einigung sei. „Iranische Nationalisten und Monarchisten glauben, anders als die religiöse Führung, dass der Iran eine Atombombe haben sollte“, so Musawian. „Sie sagen, wenn Pakistan, Indien und Israel eine haben, warum nicht auch wir?“ Deswegen verstehe er nicht, warum die internationale Gemeinschaft die Fatwa nicht nutze. „Auch wenn der Westen das religiöse System im Iran nicht mag, so passt es doch perfekt. Deswegen sage ich: Nutzt die religiöse Überzeugung und macht alle Deals.“

Den Vorwurf von Kritikern, dass die Fatwa nicht ernst gemeint sei und Schiiten zum Schutz ihrer Religion lügen dürften, weist Musawian zurück. „Einem Schiiten ist es nicht erlaubt zu lügen.“ Er dürfe bei Lebensgefahr höchstens schwören. Eine Fatwa sei verbindlich. „Es ist in 1400 Jahren bei einem Großayatollah nicht vorgekommen, dass er eine Fatwa geändert hat.“

Westen unflexibel

Als größtes Hindernis sieht Musawian, dass der Westen sich nicht darauf konzentriere, den Bau einer Atombombe zu verhindern. Stattdessen drehe sich alles um eine Beschneidung der Rechte des Iran. „Der Westen ist nicht flexibel genug, er hat die falsche Strategie“, sagt er.

Neben dem Angebot größtmöglicher Kooperation und Transparenz wäre der Iran laut Musawian auch bereit, die Urananreicherung auf fünf Prozent zu beschränken – eine Kernforderung des Westens. Die derzeitige Anreicherung auf 20 Prozent kommt gefährlich nah an waffenfähiges Uran heran. Das aber, betont der iranische Diplomat, könne „nur freiwillig“ sein. Die Rechte des Irans seien tabu. Mehr Sanktionen nützten dabei gar nicht, so Musawian. „Der Westen versteht die iranische Innenpolitik nicht. Mehr Druck und mehr Drohungen schränken die Flexibilität der Führung ein.“

Anschlag in Damaskus

In **Damaskus** sind nach einem Bericht des syrischen Staatsfernsehens bei der Explosion einer **Autobombe** am Montag zehn Menschen getötet worden. Verantwortlich für den Anschlag im Vorort Dscharamana seien „Terroristen“, berichtete der Sender. Mit diesem Begriff bezeichnet die Führung um Präsident Baschar al-Assad die Aufständischen. Die Bombe sei vor einer Bäckerei detoniert, unter den Opfern seien Frauen und Kinder, hieß es weiter. Dscharamana wird von Regierungstruppen kontrolliert. Die rund 300 000 Einwohner des Viertels haben sich lange gegen ein Übergreifen des Bürgerkriegs auf ihre Wohngegend gewehrt. Die von der Uno vermittelte Waffenruhe im Land wurde auch am Montag gebrochen. Laut Opposition bombardierte die Luftwaffe sunnitische Viertel in Damaskus. **REUTERS/DPA**

Kampf um Aleppo: Seite 12



Südländer lehnen starken EU-Währungskommissar ab

Schäubles Vorschläge stoßen auf vehementen Widerstand

Birgit Jennen, Madrid

Der Vorschlag der Bundesregierung, den EU-Währungskommissar zu stärken, stößt in Spanien und Italien auf Widerstand. „Für sich betrachtet, bin ich mit der Idee nicht einverstanden“, erklärte Spaniens Ministerpräsident Mariano Rajoy am Montag nach einem Treffen mit seinem italienischen Amtskollegen Mario Monti. Bevor ein solcher Vorschlag in Erwägung gezogen werden könne, müsse der Weg zu einer Fiskalunion klar sein. Ähnlich kritisch äußerte sich Monti.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hatte zuvor vorgeschlagen, die Befugnisse des EU-Währungskommissars deutlich auszubauen. Der Währungskommissar soll danach in die nationale Haushaltspolitik eingreifen können, wenn sich die Regierungen nicht an ihre Haushaltsprogramme zur Konsolidierung der Staatsfinanzen halten. Vorbild dafür könnte der Wettbewerbskommissar sein, der besondere Rechte hat, den Regierungen nationale Maßnahmen

vorzuschreiben. Beim Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am 13. und 14. Dezember soll der deutsche Vorschlag beraten werden.

Wenn die Euro-Partner ständig neue Kontrollinstrumente einführen, entstehe der Eindruck, dass die bisherigen Instrumente nicht ausreichen, kritisierte Monti. Damit sende die EU ein falsches Signal an die Märkte. Schon jetzt habe der Währungskommissar mehr Befugnisse als der EU-Kommissar für Wettbewerb, erklärte Monti, der zwischen 1999 und 2004 selbst Wettbewerbskommissar war.

Auf eine gemeinsame Linie zum EU-Rettungsschirm konnten sich die beiden Regierungschefs jedoch nicht verständigen. „Im Moment“ sei ein Rettungsantrag nicht unbedingt „im Interesse der Spanier“, sagte Rajoy nach dem Treffen mit seinem Amtskollegen. Dabei hatte Monti erst vor wenigen Tagen deutlich gemacht, dass er einen spanischen Rettungsantrag begrüßen würde, da dieser die Finanzmärkte beruhige.

Protestwahl in Sizilien: Seite 11

Steinbrück redet sich zur Million

Der Kanzlerkandidat legt seine Vortragshonorare offen. Totale Transparenz verweigert auch er

Thomas Steinmann, Berlin

SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück hat mit seinen Vorträgen in den vergangenen drei Jahren mehr als 1 Mio. Euro verdient. Nach einem Bericht der „Bild“-Zeitung, der in der SPD bestätigt wurde, lag der Bruttoverdienst des ehemaligen Bundesfinanzministers bei 1,25 Mio. Euro. Insgesamt hielt Steinbrück seit seinem Ausscheiden als Minister 2009 demnach 89 bezahlte Vorträge, unter anderem bei Banken und Versicherungen. Das Honorar dafür bewegte sich zwischen 1000 und 25 000 Euro pro Auftritt. In der Aufstellung, die der SPD-Politiker an diesem Dienstag vorstellen will, sind auch 237 honorarfreie Vorträge bei gemeinnützigen Organisationen oder in Schulen aufgeführt.

Mit der kompletten Offenlegung seiner Vortragshonorare auf Euro und Cent, mit der Steinbrück einen Wirtschaftsprüfer beauftragt hat, will der Kanzlerkandidat die Kritik aus den Reihen von Union und FDP kontern. Sofort nach seiner inoffiziellen Kür hatte sich die Koalition auf Steinbrücks hohe Nebeneinkünfte eingeschossen – eine

Offenlegungspflicht auf Euro und Cent für alle Abgeordnete, wie sie die Opposition fordert, aber abgelehnt. Die SPD will Steinbrücks Offensive nun als Beleg dafür verkaufen, dass sie für größtmögliche Transparenz kämpft. Zugleich will sie den Druck auf Union und FDP erhöhen, doch noch einer weitergehenden Verschärfung der Veröffentlichungspflichten zuzustimmen.

Bislang ist die Koalition nur bereit, die Zahl der Stufen, mit denen die Abgeordneten ihre Einkünfte angeben müssen, von drei auf zehn zu erhöhen. Es sei „erbärmlich“, wie diejenigen, die von Steinbrück öffentlich Transparenz gefordert hätten, selbst mit dem Thema umgingen, sagte SPD-Chef Sigmar Gabriel am Montag.

Der Fall Steinbrück zeigt, wie wenig aussagekräftig das heutige Drei-

Stufen-Modell ist. Auf seiner Website gibt Steinbrück bei den weitaus meisten Vorträgen ein Honorar der Stufe drei (mehr als 7000 Euro) an. Addiert kommt man damit nur auf eine Summe von mindestens 600 000 Euro – die Hälfte seiner tatsächlichen Einkünfte. Eine Erweiterung des Modells mit einer höchsten Stufe von mehr als 250 000 Euro, wie es die Koalition will, würde bei hohen Nebeneinkünften präzisere Angaben ermöglichen, aber keine umfassende Transparenz.

Jedoch sperrt sich auch Steinbrück dagegen, seine gesamten Nebeneinkünfte offenzulegen. So will er die Höhe seiner Honorare für zwei Bücher geheim halten, weil deren Offenlegung in Deutschland nicht üblich sei. Steinbrücks Einkünfte als Aufsichtsratsrat bei ThyssenKrupp ergeben sich wiederum aus dem Jahresbericht des Stahlkonzerns: 47 900 Euro für das Geschäftsjahr 2009/10 und 67 000 Euro für 2010/11. Nach seiner Kür hat er das Mandat abgegeben. Gabriel verwies darauf, dass Steinbrück seine Einnahmen ordnungsgemäß versteuert habe. Es gebe in der SPD „überhaupt kein Stimmrunzeln“ über die Nebeneinkünfte des Kandidaten, sagte er.

„In der SPD gibt es überhaupt kein Stimmrunzeln“

SIGMAR GABRIEL, SPD-Chef, über die Höhe der Nebeneinkünfte von Kanzlerkandidat Peer Steinbrück